

Stefan Zimmermann*

Die Regierung als Vorreiter ins Informationszeitalter: Eine Analyse des Hongkonger E-Government (Teil 1)

1 Einleitung

Die ehemalige britische Kronkolonie Hongkong hat seit 1997 den Status einer Sonderverwaltungsregion (SVR) (*tebie xingzhengqu*) der Volksrepublik (VR) China. Leitprinzip für die Eingliederung Hongkongs in die Volksrepublik China war die Formel „ein Land, zwei Systeme“ (*yiguo liangzhi*), derzufolge Hongkong einen hohen Grad an Souveränität bewahren soll und nur die Bereiche Außenpolitik und Landesverteidigung in die Verantwortung der Zentralregierung in Beijing fallen. Für alle anderen Belange soll die Regierung der SVR eigenverantwortlich zuständig sein. Das in der VR China praktizierte „sozialistische“ Wirtschaftssystem soll nicht auf Hongkong übertragen werden, sondern das sozioökonomische System der ehemaligen britischen Kronkolonie soll auch nach der Übergabe an die VR China für weitere fünfzig Jahre bestehen bleiben.

Neben diesen politischen Veränderungen wurde das Jahr 1997 auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu einem „Wendejahr“. Die Hongkonger Wirtschaft, die seit den 1980er Jahren ununterbrochenes Wirtschaftswachstum gewohnt war, wurde kurz nach dem Souveränitätswechsel von der asiatischen Wirtschaftskrise erfasst und erlebte eine unerwartete Talfahrt. Die Aktien- und Immobilienkurse fielen, die Arbeitslosenzahlen stiegen in Rekordhöhen.

Vor diesem Hintergrund gab es zunehmend Bestrebungen, einen Strukturwandel der Hongkonger Wirtschaft herbeizuführen. Seit der außenwirtschaftlichen Öffnung Chinas Anfang der 1980er Jahre war die verarbeitende Industrie in großem Umfang auf das chinesische Festland ausgelagert worden. In der Folge intensivierte sich die Rolle Hongkongs als Handels- und Dienstleistungszentrum für China und die gesamte Region. Angesichts der Krise von 1997 ergriff die Regierung verschiedene Maßnahmen, die das Ziel verfolgten, einen weiteren Wandel in der Industriestruktur Hongkongs zu forcieren und die SVR zu einem regionalen Technologiezentrum aufzubauen.¹ So

¹Vgl.: Margot Schüller, „Hongkongs Wirtschaft in der Rezession: Auswirkungen der Asienkrise und Ansätze zur Krisenbewältigung“,

betonte der neue Hongkonger Regierungschef Tung Chee-hwa (Dong Jianhua) bereits kurz nach seiner Amtseinführung in seiner ersten Regierungserklärung die Bedeutung von Zukunftstechnologien wie der Informationstechnologie (IT) und kündigte unter anderem den Ausbau der Hongkonger IT-Infrastruktur und die Förderung der Ausbildung im IT-Bereich an.² In seiner zweiten Regierungserklärung von 1998 wurden neben weiteren Maßnahmen zur Förderung digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien auch Pläne für ein Projekt zur elektronischen Abwicklung von Verwaltungsvorgängen, des Electronic Service Delivery (ESD), bekannt gegeben.³ Noch im selben Jahr wurde daraufhin eine ausführliche IT-Strategie der Regierung veröffentlicht, welche auch Pläne und konkrete Zielvorgaben für die Entwicklung von Electronic Government, kurz E-Government genannt, enthält. Damit gehörte die Hongkonger Regierung weltweit zu den Ersten, die das elektronische Regieren auf die Tagesordnung setzten und eine detaillierte E-Government-Strategie entwickelten. E-Government ist in Hongkong Bestandteil einer umfassenden IT-Strategie, die dafür sorgen soll, dass die Sonderverwaltungsregion, in der bereits 1998 digitale Informations- und Kommunikationstechnologien weit verbreitet waren, auch in Zukunft eine der weltweit führenden „digitalen Städte“ ist. Frau Carrie Yau (You Zengjiali), Secretary for Information Technology and Broadcasting, betont die Rolle der Regierung bei der Förderung digitaler Technologien: „The Hong Kong Government is firmly committed to driving our growth as a leading digital city. We will take the lead and will continue to invest in IT for building an efficient E-government.“⁴

Von der Einführung von E-Government erwartet die Regierung einerseits trotz der zunächst erforderlichen, nicht unerheblichen Investitionen eine Erhöhung der Effektivität der Verwaltung und damit mittel- bis langfristig Kosteneinsparungen, die angesichts des anhaltenden Haushaltsdefizits dringend erforderlich erscheinen. Andererseits präsentiert sich die Regierung als bürgernaher, transparenter elektronischer Dienstleister und erhofft sich daraus resultierend einen Imagegewinn sowie letztendlich einen Zuwachs an Legitimität. Die Legitimitätsbasis der Regierung der SVR war seit der Wirtschaftskrise von 1997 beständig gesunken.⁵ Ein wirtschaftlicher Aufschwung infolge der E-Government-Initiative und der Förderung von Informationstechnologie und E-Commerce seitens der Regierung könnte sich daher zusätzlich günstig auf die Legitimität der Regierung auswirken. Das Hongkonger E-Government verdient aus verschiedenen Gründen besondere Beachtung. Es handelt sich um eines der frühesten Projekte dieser Art in Asien und kann somit als relativ ausgereiftes E-Government im asiatischen Raum betrachtet werden. Andere Länder, in denen die Digitalisierung der Verwaltung bisher noch nicht weit fortgeschritten ist,

in: C.a., 1998/7, S.733.

²Vgl.: <http://www.policyaddress.gov.hk/pa97/english/patext.htm>, Aufruf am 4.11.2003.

³Vgl.: <http://www.policyaddress.gov.hk/pa98/english/econ1.htm>, Aufruf am 4.11.2003.

⁴Vgl.: http://www.info.gov.hk/digital21/eng/e-gov/e_ch03.htm, Aufruf am 7.12.2003.

⁵Vgl.: Heike Holbig/Liu Jen-kai, „Drei Jahre politisches System der SVR Hongkong: 'Business as Usual' oder 'Deformierte Demokratie'? Teil 1“, in: C.a., 2000/7, S.792.

wie beispielsweise auch das „Mutterland“ China, könnten von den in Hongkong gemachten Erfahrungen bei der Einführung von E-Government profitieren. Zudem wurde das Hongkonger E-Government unter besonderen politischen Rahmenbedingungen, dem erstmals praktizierten Prinzip „ein Land, zwei Systeme“, implementiert.

Im folgenden Beitrag soll daher die E-Government-Strategie der Hongkonger Regierung sowie deren praktische Umsetzung analysiert und dargestellt werden. Im anschließenden Abschnitt (2) wird zunächst der Gegenstand der vorliegenden Untersuchung erläutert und geklärt, was E-Government bedeutet und welche Bedingungen erfüllt sein müssen, um E-Government vollständig umzusetzen. Grundvoraussetzung für die Einführung von E-Government sind verschiedene Faktoren wie beispielsweise eine digitale Infrastruktur und die Verfügbarkeit elektronischer Informations- und Kommunikationstechnologie für große Teile der Bevölkerung. Diese Indikatoren, die sich unter dem Begriff „E-Readiness“ zusammenfassen lassen, werden im darauf folgenden Abschnitt (3) betrachtet. Im Anschluss daran sollen in Abschnitt vier die zentralen Punkte der E-Government-Strategie der Hongkonger Regierung zusammengefasst werden, die Teil der integrierten IT-Strategie *Digital 21* ist. Um zu klären, inwieweit diese Strategie inzwischen umgesetzt wurde, sollen im darauf folgenden Abschnitt (5) die wichtigsten Elemente des Hongkonger E-Government analysiert werden. Die Digitalisierung der Verwaltung erfordert nicht unerhebliche Investitionen von Seiten der Regierung. Der Frage, welche Kosten die E-Government-Projekte in den vergangenen Jahren verursacht haben, wird in Abschnitt 6 nachgegangen. In Abschnitt 7 wird der Versuch unternommen, die Position des Hongkonger E-Government im internationalen Vergleich zu bestimmen. Das Schlusskapitel fasst die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung noch einmal zusammen und versucht, einen Ausblick auf die weitere Entwicklung des elektronischen Regierens in der Sonderverwaltungsregion zu geben.

2 E-Government: Regieren im Informationszeitalter

Seit Ende der 1990er Jahre wird in Diskussionen und Publikationen zur Informationsgesellschaft immer häufiger der Begriff Electronic Government – oder kurz E-Government – verwendet. Gemeint ist damit die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Regieren und Verwalten mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken (IKT) über elektronische Medien. Dies umfasst den gesamten öffentlichen Sektor, bestehend aus Legislative, Exekutive und Jurisdiktion sowie öffentlichen Unternehmen.

E-Government umfasst Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung (G2G) sowie zwischen dieser und den Bürgern (C2G und G2C), der Wirtschaft (B2G und G2B) sowie den Non-Profit- und Non-Government-Organisationen (N2G und G2N). Dieses Beziehungsgeflecht wird in der folgenden Abbildung dargestellt, in welcher der Bereich des Electronic Government besonders hervorgehoben ist.

Abbildung 1: Electronic Government in einem „X2Y“-Beziehungsgeflecht

E-Government	Bürger	Regierung	Wirtschaft	NPO/NGO
Bürger	C2C	C2G	C2B	C2N
Regierung	G2C	G2G	G2B	G2N
Wirtschaft	B2C	B2G	B2B	B2N
NPO/NGO	N2C	N2G	N2B	N2N

Quelle: Jörn von Lucke/Heinrich Reiner mann, „Speyerer Definition von Electronic Government“, Speyer 2000: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltung Speyer, im Internet: <http://foev.dhv-speyer.de/ruvii/SP-EGov.pdf>, S.2.

Von Lucke und Reiner mann entwickeln ein E-Government-Modell, welches aus drei Interaktionsstufen besteht, die sie Information, Kommunikation und Transaktion nennen.

Bei der untersten Interaktionsstufe „Information“ findet die Kommunikation nur in eine Richtung statt, es werden lediglich Informationen zur Verfügung gestellt, die vom Anwender (Bürger) nur gelesen werden können. Der Leser der Informationen hat dabei keine Möglichkeit, in Kontakt mit der Verwaltung zu treten. Beispiele hierfür wären Bürgerinformationssysteme für die Bevölkerung, Touristinformationssysteme zur Förderung des Fremdenverkehrs, Wirtschaftsinformationssysteme im Rahmen der Wirtschaftsförderung, Gremieninformationssysteme zur Unterstützung von Versammlungen und Ausschüssen, Fachinformationssysteme in der Verwaltung und sonstige Wissensdatenbanken.

Die zweite Interaktionsstufe „Kommunikation“ ermöglicht Dialog und Partizipation. Kommunikationslösungen dieser Stufe reichen von einfachen Systemen wie Internet Relay Chat (IRC), E-Mail, webbasierten Diskussionsforen und Chatrooms bis hin zu komplexen Anwendungen auf Audio- und Videobasis, etwa Interactive-Voice-Response-Systeme oder Videokonferenzsysteme für Telepräsenz und Telekooperation.

Bei der dritten Interaktionsstufe „Transaktion“ werden ganze Verwaltungsvorgänge online abgewickelt, es kommt zum „Vertragsabschluss“. In diesen Bereich fallen beispielsweise der Vertrieb von Dienstleistungen und Produkten öffentlicher Dienststellen. Diese Gruppe umfasst elektronische Verwaltungsbescheide, Zulassungen, Lizenzen und Genehmigungen, aber auch elektronische Verwaltungsdienstleistungen (Electronic Service Delivery) und den elektronischen Vertrieb von Produkten (Electronic Product Delivery).⁶

Kombiniert man diese drei Interaktionsstufen mit den drei Anwendungsbereichen von E-Government, nämlich E-Service, E-Administration und E-Partizipation, so erhält man eine zweidimensionale Matrix, in welcher sich

⁶Jörn von Lucke/Heinrich Reiner mann, „Speyerer Definition von Electronic Government“, Speyer 2000: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltung Speyer, im Internet: <http://foev.dhv-speyer.de/ruvii/SP-EGov.pdf>, S.3-4.

prinzipiell alle elektronischen Dienste des Staates abbilden lassen.

Abbildung 2: E-Government-Matrix

Transaktion			
Kommunikation			
Information			
	E-Service	E-Administration	E-Partizipation

Quelle: Michael Gisler, „Einführung in die Begriffswelt des eGovernment“, in: Michael Gisler/Dieter Spahni (Hrsg.), *eGovernment. Eine Standortbestimmung*, Bern 2001: Paul Haupt, S.25.

E-Service meint die „Hilfestellung“ in Alltagsfragen, der Bereich E-Administration betrifft alle Verwaltungsvorgänge und E-Partizipation ist der Bereich, der alle Formen der (Bürger-) Beteiligung umfasst.

Als eGovernment wird die – gegebenenfalls auch rechtssichere – elektronische Abwicklung von Verwaltungs- und Gesellschaftsprozessen der öffentlichen Verwaltung über Organisationsgrenzen hinweg verstanden. Je durchgängiger und freier von Medienbrüchen diese Abwicklung erfolgt, desto vollständiger wird eGovernment.⁷

In einem umfassend realisierten E-Government-Konzept finden sich elektronische Abbildungen von herkömmlichen vorgangsbearbeitenden Geschäftsprozessen, die verwaltungsintern und -übergreifend angelegt und miteinander verknüpft sind. Die Abwicklung dieser Prozesse wird durch Systeme zum Dokumentenmanagement, zur Registrierung und Archivierung, zur Bearbeitung in Gruppen und zur Ablaufgestaltung unterstützt.⁸ Die Dienstleistungen des Front-Office, wie sie beispielsweise mit Online-Formularen dem Bürger zur Verfügung gestellt werden, müssen letztendlich in einem leistungsfähigen Back-Office erbracht werden. Die Grundlage für ein leistungsfähiges E-Government ist also eine gut ausgebaut interne IT-Infrastruktur der Verwaltung. Hier gilt es, Schnittstellen zwischen den verschiedenen Prozessen aufeinander abzustimmen und Medienbrüche möglichst zu vermeiden, was in vielen Verwaltungen international heute noch längst nicht gewährleistet ist.

Auch wenn es durchaus öffentliche Leistungen gibt, welche sich nicht für eine Distribution über elektronische Medien wie dem Internet eignen, kann doch ein großer Teil des Leistungsspektrums öffentlicher Institutionen, für welche eine persönliche Anwesenheit nicht notwendig ist,

prinzipiell auf elektronischem Wege angeboten werden.⁹

Bei der Kommunikation zwischen Behörden und Bürgern über offene Netze wie dem Internet sind die Daten bei der Übertragung allerdings verschiedenen Bedrohungen ausgesetzt. Die Daten könnten beispielsweise während der Übermittlung abgehört oder verfälscht werden. Außerdem könnte der Kommunikationspartner eine falsche Identität vortäuschen oder die Kommunikationsbeziehungen leugnen.

Aus diesem Grund ist es notwendig, für die Kommunikation zwischen Staat und Bürger im Rahmen von E-Government ein Sicherheitssystem zu verwenden, welches Vertraulichkeit, Integrität und Authentizität gewährleistet. Ein solches System zur Verschlüsselung von Informationen und zur Identifizierung von Anwendern mithilfe digitaler Zertifikate wird Public Key Infrastructure (PKI) genannt. Public-Key-Kryptosysteme basieren auf einer asymmetrischen Verschlüsselung und werden für zwei Aufgaben verwendet: zum Verschlüsseln von Mitteilungen (zum Beispiel einer E-Mail) und als elektronische Unterschrift (Digitale Signatur). Mithilfe von PKI-Programmen lassen sich Texte authentifizieren. Der Empfänger eines Textes kann dessen Verfasser damit eindeutig identifizieren.¹⁰

Ein System der Datenübertragung, mit welchem elektronische Transaktionen durchgeführt werden können, kann nur dann den herkömmlichen Weg von Transaktionen ersetzen, wenn digitale Signaturen einer handgeschriebenen Unterschrift rechtlich gleichgestellt sind.¹¹ Erst mit einer solchen Gleichstellung sind rechtlich verbindliche Transaktionen möglich. In Deutschland gibt es bereits seit 1997 eine solche rechtliche Grundlage, das Signaturgesetz (dtSiG), welches Teil des Informations- und Kommunikations-Dienstegesetzes (IuKDG) ist.¹² Dennoch ist der Einsatz von digitalen Signaturen in Deutschland bis heute nicht sehr weit verbreitet, da es noch an Anwendungsmöglichkeiten für digitale Signaturen mangelt. Nur in einigen Bundesländern bzw. Städten mit relativ weit entwickelten E-Government-Lösungen können sie bereits heute verwendet werden.¹³ In Hongkong wird der rechtliche Rahmen für Vertragsabschlüsse mittels elektronischer Signaturen durch die Electronic Transactions Ordinance festgelegt. Diese Verordnung trat im Jahr 2000 in Kraft und wurde 2001 revidiert.¹⁴

⁹Volker Herwig klassifiziert diese als Informationen, maschinelle Informationsdienstleistungen und Rechte, Nominalleistungen und Nominalgüterdienstleistungen sowie Informationsdienstleistungen auf persönlicher Grundlage und Rechtsgüterdienstleistungen. Vgl.: Volker Herwig, *E-Government. Distribution von Leistungen öffentlicher Institutionen über das Internet*, Köln 2001: Eul, S.278.

¹⁰Zum Aufbau einer PKI (Public Key Infrastructure) vgl.: <http://www.bsi.de/aufgaben/projekte/sphinx/verwpki/index.htm>, Aufruf am 2.11.2003.

¹¹Einzelheiten zur rechtlichen Problematik der Gleichstellung eigenhändiger Unterschriften mit digitaler Signaturen vgl.: Christian Bock, „eGovernment und Recht“, in: Michael Gisler/Dieter Spahni (Hrsg.), *eGovernment. Eine Standortbestimmung*, Bern 2001: Paul Haupt, S.160-163.

¹²Vgl.: <http://www.dfn-pca.de/bibliothek/sigg/index-print.html>, Aufruf am 20.11.2003.

¹³Beispielsweise können über das Portal der Stadt Bremen unter www.bremen.de Transaktionen mit Hilfe digitaler Signaturen abgewickelt werden.

¹⁴Vgl.: <http://www.justice.gov.hk/blis.nsf/e1bf50c09a33d3dc482564840019d2f4/e85196eb398eff9048256866002df31b?OpenDocument>, Aufruf am 2.12.2003.

⁷Urs Rudolf von Rohr, „eGovernment und die Auswirkungen auf die Verwaltung“, in: Michael Gisler/Dieter Spahni (Hrsg.), *eGovernment. Eine Standortbestimmung*, Bern 2001: Paul Haupt, S.114.

⁸Von Lucke/Reinermann, a.a.O., S.5.

3 E-Readiness von Hongkong

Die Einführung von E-Government seitens der Regierung kann nur dann erfolgreich sein, wenn eine ausreichende elektronische Infrastruktur und ein relativ hoher Prozentsatz der Bevölkerung vorhanden ist, der die modernen elektronischen Informations- und Kommunikationstechnologien überhaupt nutzen kann. Es wurden Methoden entwickelt, um die wichtigsten Indikatoren einer Gesellschaft in Bezug auf die Nutzung digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien zu erfassen. Damit ist es möglich, eine vergleichende Bewertung des „Grades der Digitalisierung“ verschiedener Gesellschaften aus unterschiedlichen Erdteilen vorzunehmen. Dieser „Reifegrad“ der Informationsgesellschaft wird als E-Readiness (*dianzihua zhunbeidu*) bezeichnet.¹⁵ Eine groß angelegte Untersuchung von E-Readiness im internationalen Vergleich wurde 2003 (wie bereits in den drei vorangegangenen Jahren) von der Economist Intelligence Unit in Zusammenarbeit mit IBM veröffentlicht. Dabei wurden zahlreiche Faktoren aus den Bereichen technische Infrastruktur, ökonomische Rahmenbedingungen, Verbreitung von E-Business, politische und rechtliche Rahmenbedingungen, soziale und kulturelle Infrastruktur und elektronische Dienstleistungen berücksichtigt.¹⁶ Nach dieser Studie liegt Hongkong weltweit auf Rang 10 von 60 untersuchten Ländern. Auf Platz 1 liegt Schweden, gefolgt von Dänemark, den Niederlanden, den USA und Großbritannien. Die Volksrepublik China belegt in dieser Rangliste den Platz 50.¹⁷ Betrachtet man nur die Länder Asiens, liegt Hongkong an erster Stelle, gefolgt von Singapur, Südkorea, Taiwan und Japan, das im weltweiten Vergleich nur Platz 24 belegt.¹⁸

Auch wenn man einige der für E-Government ausschlaggebenden E-Readiness-Indikatoren einzeln betrachtet, wird deutlich, dass in Hongkong moderne Kommunikationstechnologie weit verbreitet ist. Im September 2003 gab es in Hongkong insgesamt rund 3,81 Millionen Festnetztelefonanschlüsse.¹⁹ Die Verbreitung von Mobiltelefo-

¹⁵Methoden zur Erfassung von E-Readiness wurden von verschiedenen Universitäten und Forschungseinrichtungen, unter anderem auch von dem Mosaik-Konsortium, entwickelt. Eine Übersicht der verschiedenen Ansätze zur vergleichenden Bewertung von E-Readiness vgl.: <http://www.infodev.org/ereadiness/methodology.htm>, Aufruf am 6.12.2003. Bei der unten vorgestellten Studie von Economist Intelligence Unit und IBM handelt es sich um die jüngste international vergleichende Studie, welche auch Hongkong mit einbezieht. Andere E-Readiness-Studien berücksichtigen Hongkong entweder gar nicht oder liegen bereits längere Zeit zurück. Die Untersuchungen Hongkongs nach der Mosaik-Methode oder den von der APEC entwickelten Kriterien stammen beide aus dem Jahr 1999 und wurden seitdem nicht aktualisiert. Vgl.: <http://mosaic.unomaha.edu/schina.pdf>, Aufruf am 6.12.2003 und http://www.info.gov.hk/digital21/eng/ecommerce/apec_annexa.pdf, Aufruf am 6.12.2003.

¹⁶Die genaue Beschreibung der Methodologie und die Gewichtung der verschiedenen Indikatoren für diese Untersuchung vgl.: <http://www-1.ibm.com/services/strategy/files2/economist.pdf>, Aufruf am 5.11.2003, S.24-25.

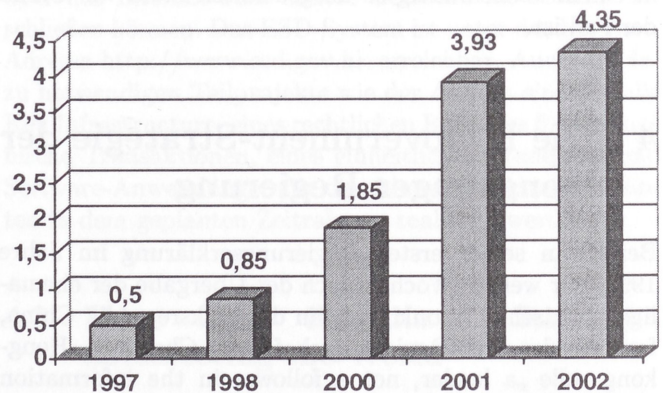
¹⁷Ebd., S.4-5.

¹⁸Die relativ geringe Internetnutzung in Japan liegt hauptsächlich an den sehr hohen Kosten. Die Onlinegebühren sind im weltweiten Vergleich in Japan mit großem Abstand am höchsten. Vgl.: Dirk Nabers, „Das E-Japan-Projekt: Die IT-Initiativen der japanischen Regierung“, in: Günter Schucher (Hrsg.), *Asien und das Internet*, Hamburg 2002; Institut für Asienkunde, S.148.

¹⁹Davon waren 2,12 Millionen privat und 1,69 Millionen geschäft-

nen ist sogar noch höher. Im gleichen Monat besaßen rund 6,75 Millionen Hongkonger ein Mobiltelefon, das sind im Durchschnitt über 98% der Bevölkerung.²⁰ Die Zahl der in privaten Haushalten vorhandenen Computer ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Hatten im Jahr 2000 „nur“ 49,7% der Privathaushalte einen Computer, so waren es 2001 bereits 60,6% und 2002 sogar 62,1%. Auch bei der Zahl der mit dem Internet verbundenen Computer in Privathaushalten ist ein starkes Wachstum zu verzeichnen. Im Jahr 2000 besaßen 36,4% der Hongkonger Haushalte einen Computer, der mit dem Internet verbunden ist, ein Jahr später war der Prozentsatz schon auf 48,7% angestiegen und erhöhte sich 2002 noch einmal auf 52,5%.²¹ Bemerkenswert ist dabei, dass 66% der Hongkonger Internetnutzer 2002 einen Breitband-Zugang²² zur Verfügung hatten. In keiner anderen Region der Welt verwenden prozentual so viele Haushalte einen Hochgeschwindigkeits-Internetzugang.²³ Die Internetnutzung in Hongkong hat in den vergangenen Jahren ein beträchtliches Wachstum zu verzeichnen. Während 1997 lediglich 7,9% (500.000) der Hongkonger online waren, nutzten 2002 bereits 59,58% der Hongkonger Bevölkerung (4,35 Millionen) das Internet. Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Internet-Nutzung in Hongkong seit 1997.

Abbildung 3: Entwicklung der Internetnutzung in Hongkong seit 1997 (Internetnutzer in Millionen)



Quelle: http://www.nua.com/surveys/how_many_online/asia.html, Aufruf am 14.11.2003. Für 1999 liegen leider keine Zahlen vor.

Im Jahr 2002 gehörte Hongkong weltweit zu den Regionen mit dem größten prozentualen Anteil von Internetnutzern an der Bevölkerung. In Asien liegt die Sonderverwaltungsregion inzwischen auf dem ersten Platz noch

lich genutzte Anschlüsse. Vgl.: http://www.ofta.gov.hk/datastat/eng_wireline.pdf, Aufruf am 10.11.2003.

²⁰Vgl.: http://www.ofta.gov.hk/datastat/eng_wireless.pdf, Aufruf am 10.11.2003.

²¹Vgl.: http://www.info.gov.hk/censtatd/eng/hkstat/hkinf/it/it_1_index.html, Aufruf am 13.11.2003.

²²Als Breitband-Internet-Zugang gelten ISDN, DSL oder Kabelmodem.

²³In allen anderen untersuchten Ländern verwendet die Mehrheit der Internet-User eine langsame Modemverbindung von 56 Kb/s oder langsamer. In der Rangliste der Länder mit den meisten Haushalten, die sich über eine Breitbandverbindung ins Internet einwählen, belegen Deutschland und Schweden die Plätze 2 und 3. Vgl.: http://www.nielsen-netratings.com/pr/pr_020815.pdf, Aufruf am 2.12.2003.

vor Singapur. In China steigt die Zahl der Internetnutzer ebenfalls stark an, im Juni 2002 waren dort 45,8 Millionen Menschen online, gemessen an der Gesamtbevölkerung des Landes sind dies allerdings gerade mal 3,58%.²⁴ Anders als im übrigen Gebiet der Volksrepublik China, wo von Seiten der Regierung immer wieder versucht wird, bestimmte unerwünschte Inhalte mehr oder weniger erfolgreich zu sperren,²⁵ haben die Internetnutzer in der Sonderverwaltungsregion Hongkong uneingeschränkten Zugang auf sämtliche Inhalte des Internets.

Die oben genannten Indikatoren zeigen, dass moderne elektronische Kommunikationstechnologien von der Hongkonger Bevölkerung intensiv genutzt werden. Die Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Umsetzung von E-Government sind daher besonders günstig. Das Phänomen der „Digitalen Spaltung“,²⁶ der Unterteilung der Gesellschaft in Nutzer und Nicht-Nutzer der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, ist in Hongkong weit geringer ausgeprägt als in den meisten anderen Regionen der Welt.²⁷ Dies ist sicherlich auf die Bemühungen der Regierung zurückzuführen, möglichst allen Hongkongern die Möglichkeit zu geben, elektronische Informations- und Kommunikationstechnologien wie das Internet zu nutzen.²⁸ Natürlich muss dabei auch berücksichtigt werden, dass es in einem relativ überschaubaren Ballungsgebiet wie Hongkong weit weniger Aufwand erfordert, eine digitale Infrastruktur aufzubauen, als dies beispielsweise in einem flächenmäßig so ausgedehnten Land wie China der Fall ist.

4 Die E-Government-Strategie der Hongkonger Regierung

Bereits in seiner ersten Regierungserklärung im Jahre 1997, nur wenige Wochen nach der Übergabe der ehemaligen britischen Kronkolonie an die Volksrepublik China, forderte der neue Regierungschef Tung Chee-hwa, Hongkong solle „a leader, not a follower in the information

world of tomorrow“²⁹ sein. In der Regierungserklärung des folgenden Jahres betonte er die Bedeutung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien noch stärker. Hongkong solle auch in Zukunft eine führende Stadt in der Welt für die Entwicklung und Anwendung von Informationstechnologie sein. Die Informationsindustrie, die in den Jahren zuvor ein jährliches Wachstum von 23,5% hatte, sei ein wichtiger Motor für die weitere Wirtschaftsentwicklung.³⁰ Außerdem kündigte Tung die Einführung eines Online-Systems für die Distribution von Diensten der Regierung an.

The Government will spend \$173 million on launching the on-line Government Electronic Services Delivery Scheme, which from 2000, will allow anyone to access public services and information 24 hours a day via the Internet and other means of electronic access. This will be an important step in facilitating growth in electronic commerce, as well as enhancing Government's own efficiency.³¹

In der Folge wurde im selben Jahr eine ausführliche IT-Strategie der Regierung mit dem Namen *Digital 21* (*shuma 21*) veröffentlicht.

4.1 Die IT-Strategie *Digital 21*

Das Strategiepapier *Digital 21* wurde von dem 1998 neu gegründeten Information and Broadcasting Bureau (ITBB) (*zixun keji ji guangbo ke*) ausgearbeitet.³² Das ITBB hat die Aufgabe, die Politik bezüglich Informationstechnologie, Rundfunk und Fernsehen zu formulieren sowie deren Umsetzung zu koordinieren und anzuleiten. Daher war es auch für die Koordination der Implementierung der in dem Papier *Digital 21* formulierten Ziele verantwortlich. Ihm stand beratend das ebenfalls 1998 gegründete Information Infrastructure Advisory Committee (IIAC) zur Seite. Das Programm *Digital 21* enthält konkrete Zielvorgaben, die vor allem die Informations-Infrastruktur und -Dienstleistungen Hongkongs verbessern sollen, durch welche die Sonderverwaltungsregion zu einer „führenden digitalen Stadt“ werden soll. Durch eine schrittweise Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes von 1999 an versprach man sich letztendlich Auswirkungen auf eine Verbesserung der Infrastruktur. Außerdem war es erklärtes Ziel, Hongkong zu einem wichtigen Internet-Knotenpunkt für die gesamte Asiatisch-Pazifische Region auszubauen. Besonderes Gewicht wurde dabei auf den Ausbau der Anbindung an die direkt an Hongkong angrenzende Provinz Guangdong der Volksrepublik China gelegt. Damit sollte Hongkong zu einem wichtigen Internet-Tor zu China werden. Außerdem wurde in Zusammenarbeit mit dem Education and Manpower Bureau (EMB) ein auf fünf Jahre angelegter Plan zur Auszubildungsförderung im IT-Bereich erarbeitet, der sicherstellen

²⁴Ebd.

²⁵Zur Internetzensur und den in China verbotenen Inhalten vgl.: Gudrun Wacker, „Widerstand ist zwecklos: Internet und Zensur in China“, in: Günter Schucher (Hrsg.), *Asien und das Internet*, Hamburg 2002: Institut für Asienkunde, S.77-78.

²⁶In der englischsprachigen Literatur wird dieses Phänomen „Digital Divide“ genannt. Gemeint ist damit einerseits die Spaltung der Gesellschaft eines Landes in Anwender elektronischer Kommunikationsmittel wie des Internets und einen anderen Teil der Bevölkerung, der davon ausgeschlossen ist. Ebenso lässt sich der Begriff des „Digital Divide“ auch auf die zum Teil erheblichen Unterschiede in der Internetnutzung zwischen Ländern, vor allem zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern, anwenden. Vgl.: Pippa Norris, *Digital Divide. Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide*, Cambridge 2001: Cambridge University Press, S.4-5.

²⁷In der Volksrepublik China ist beispielsweise eine extreme digitale Spaltung zwischen Stadt- und Landbevölkerung sowie zwischen den östlichen und den westlichen Landesteilen festzustellen. Vgl.: Karsten Giese, „Wer hat Zugang zum Internet? www-Nutzung und digital divide in China“, in: Günter Schucher (Hrsg.), *Asien und das Internet*, Hamburg 2002: Institut für Asienkunde, S.48-54.

²⁸Beispielsweise wurden in Hongkong an vielen öffentlichen Plätzen wie Bahnhöfen und Ämtern, aber auch in Einkaufszentren und Supermärkten Online-Kioske eingerichtet. Vgl.: <http://www.info.gov.hk/digital21/e-gov/eng/init/esd.htm>, Aufruf am 5.10.2003.

²⁹Vgl.: <http://www.policyaddress.gov.hk/pa97/english/patext.htm>, Aufruf am 4.11.2003.

³⁰Vgl.: <http://www.policyaddress.gov.hk/pa98/english/econ1.htm>, Aufruf am 4.11.2003.

³¹Vgl.: <http://www.policyaddress.gov.hk/pa98/english/econ1.htm>, Aufruf am 4.11.2003.

³²Das ITBB wurde im Juni 2003 umbenannt in Communications and Technology Branch (*tongxun ji kejike*) und dem Commerce, Industry and Technology Bureau angegliedert. Vgl.: <http://www.info.gov.hk/citb/ctb/>.

sollte, dass eine genügende Anzahl von Menschen Qualifikationen im Umgang mit elektronischen Informations- und Kommunikationstechnologien haben.³³

Neben den oben vorgestellten Maßnahmen zur allgemeinen Förderung der Informationstechnologie enthält die *Digital-21*-Strategie auch spezielle Projekte zum Aufbau von E-Government. Beispielsweise wurden konkrete Schritte zur Verwirklichung einer Infrastruktur für das oben erwähnte, in der Regierungserklärung von 1998 angekündigte Electronic Service Delivery (ESD) geplant. Dieses System sollte den Bürgern und der Wirtschaft öffentliche Dienste über verschiedene elektronische Medien wie das Internet, interaktives Fernsehen oder Telefon sieben Tage in der Woche und 24 Stunden am Tag zur Verfügung stellen. Das ESD-System war als „One-stop-shop“ konzipiert und konnte wie geplant bis zum Jahr 2000 vollständig zweisprachig (Englisch-Chinesisch) realisiert werden.³⁴ Die ersten öffentlichen Dienstleistungen, die auf elektronischem Weg erledigt werden konnten, waren unter anderem die Steuererklärung, die Verlängerung des Führerscheins und die Bezahlung von Rechnungen an die Regierung. Das Projekt war als Public-Private-Partnership von der Regierung in Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Investoren, die neben den Diensten der öffentlichen Verwaltung auf derselben Plattform kommerzielle Dienste anbieten, konzipiert.

Zur Verwirklichung dieses ambitionierten E-Government-Projekts waren weitere Voraussetzungen zu erfüllen, die in *Digital 21* ebenfalls berücksichtigt wurden. Computer und Internetanwendungen waren zunächst für die englische Sprache ausgelegt. Zwar wurde nach und nach auch Software geschaffen, die auch die Kommunikation mit Sprachen ermöglicht, welche völlig andere Zeichen als die der englischen Sprache verwenden. Auch wurden Lösungen für die Darstellung chinesischer Schriftzeichen mit dem Computer entwickelt. Doch hatten sich hier verschiedene Standards entwickelt, die nicht miteinander kompatibel sind. Für eine reibungslose Kommunikation in Netzwerken wie dem Internet ist es aber wichtig, einen einheitlichen Standard zu verwenden. Daher setzte sich die Regierung Hongkongs dafür ein, den Standard ISO 10646³⁵ für die Kommunikation in Chinesisch international zu etablieren. Für Anwendungen wie das ESD sollte eine einheitliche Schnittstelle für die Verwendung chinesischer Schriftzeichen gemäß dem ISO 10646 Standard und darauf abgestimmte Software-Applikationen entwickelt werden.³⁶

Als weiteres Projekt sah *Digital 21* den Aufbau einer Public Key Infrastructure (*gongkai mimachi jichu jianshe*) vor, welche sichere Transaktionen im Rahmen des geplanten ESD ermöglichen soll. Als oberste Zertifizierungsbehörde wurde die Hongkong Post bestimmt, welche diese Funktion bereits ab 1999 erfüllte.

Die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für den Abschluss elektronischer Transaktionen war ebenfalls Bestandteil des Strategiepapiers *Digital 21*. Da die bisherige Gesetzgebung Hongkongs elektronische Vertragsabschlüsse noch nicht ausreichend berücksichtigte, waren für die erfolgreiche Umsetzung von E-Government-Projekten wie dem ESD noch weitere rechtliche Verordnungen notwendig.³⁷

Ziel des Maßnahmenpakets der Strategie *Digital 21* war vor allem, die öffentlichen Dienstleistungen der Regierung effektiver und qualitativ besser zu machen. Dadurch sollte gleichzeitig das Vertrauen der Bevölkerung in elektronische Transaktionen gestärkt werden, was wiederum die Akzeptanz von E-Commerce im Wirtschaftsleben erhöhen sollte.

Die Arbeit des ITBB als federführender Institution sowie der bei der Umsetzung beteiligten oben genannten Organisationen kann als erfolgreich betrachtet werden. Die in dem Strategiepapier festgelegten Projekte, die auf den Aufbau von E-Government oder einer dazu notwendigen IT-Infrastruktur abzielen, konnten bis zum Jahr 2000 verwirklicht werden. Der vorgesehene Zeitplan für die Verwirklichung der einzelnen *Digital-21*-Projekte wurde praktisch in allen Punkten eingehalten. Ein großer Teil der Projekte war bereits 1999 verwirklicht, seit Ende 2000 ist auch das große E-Government-Projekt ESD in Betrieb, sodass die Bürger Verwaltungsvorgänge vollständig über das Internet oder andere elektronische Medien abschließen können. Das ESD-System ist unter der Internet-Adresse <http://www.esd.gov.hk> erreichbar. Auch die dazu notwendigen Teilprojekte wie der Aufbau einer Public Key Infrastructure, eines rechtlichen Rahmens für elektronische Transaktionen, eines einheitlichen Standards und Software-Anwendungen für die chinesische Sprache konnten in dem geplanten Zeitrahmen realisiert werden.³⁸

4.2 Neue Ziele für die IT-Strategie: „Connecting the World“

Nachdem die Ziele der Strategie *Digital 21* bis Ende 2000 im Wesentlichen verwirklicht worden waren, veröffentlichte das ITBB im Mai 2001 ein weiteres Strategiepapier mit dem Titel „Hongkong: Connecting the World“ (*shuma Xianggang: lianjie quanqiu*). Dieses über fünfzigseitige Dokument ist die Weiterführung der *Digital-21*-Strategie von 1998. Während *Digital 21* vor allem Projekte zur Verbesserung der IT-Infrastruktur Hongkongs enthielt, legt das neue Strategiepapier von 2001 besonderes Gewicht auf die Weiterentwicklung optimaler Bedingungen für E-Business in Hongkong. Die Sonderverwaltungsregion soll damit, wie der Titel der Strategie bereits andeutet, ein wichtiger Knotenpunkt in der Welt des E-Business werden. Die Fortsetzung der *Digital-21*-Strategie von 2001 formuliert fünf strategische Kernbereiche (*key result areas*) mit zum Teil konkreten Zielvorgaben, von denen der zweite eine

³³Vgl.: <http://www.info.gov.hk/digital21/eng/download/download/e-digital21.pdf>, Aufruf am 20.10.2003.

³⁴Dieser Zeitrahmen konnte tatsächlich eingehalten werden. Eine ausführliche Darstellung des ESD-Systems folgt in Abschnitt 5.2.2 (Teil 2) des vorliegenden Artikels.

³⁵Zur Entwicklung des Standard ISO 10646 und anderer Systeme zur Codierung chinesischer Schriftzeichen vgl.: <http://www.nada.kth.se/i18n/ucs/unicode-iso10646-oview.html>, Aufruf am 2.12.2003.

³⁶Vgl.: <http://www.info.gov.hk/digital21/eng/download/download/e-digital21.pdf>, Aufruf am 20.10.2003.

³⁷Die dafür notwendigen Verordnungen sollten bis 1999 geschaffen werden. Vgl.: <http://www.info.gov.hk/digital21/eng/download/download/e-digital21.pdf>, Aufruf am 20.10.2003.

³⁸Einzelheiten zu den verschiedenen Projekten und dem Zeitpunkt ihrer Realisierung vgl.: http://www.info.gov.hk/digital21/eng/strategy2001/progress_table.html, Aufruf am 2.10.2003.

konkrete Strategie für die Weiterentwicklung des E-Government enthält. Die fünf Bereiche sind:

1. VERBESSERUNG DER RAHMENBEDINGUNGEN FÜR E-BUSINESS

Im ersten Kernbereich werden folgende Ziele zur Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für E-Business formuliert. Zur Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen soll die „Verordnung über elektronische Transaktionen“³⁹ noch im Jahr 2001 überarbeitet und erweitert werden.

Bis Ende 2001 soll eine Organisation für die zentrale Registrierung und Verwaltung von Hongkonger Domainnamen eingerichtet werden.

Schrittweise soll im Southern District (*Nanqu*) auf der Insel Hongkong der Cyberport (*Shumagan*) eröffnet werden, ein IT-Zentrum, das, mit einer optimalen Infrastruktur ausgestattet, von 2002 an Unternehmen der Informationsindustrie beherbergen soll.

Außerdem sollen die Strukturen im Festnetz-, Mobilfunk- und Pay-TV-Bereich weiter verbessert und durch die Vergabe von Lizenzen an privatwirtschaftliche Investoren der Wettbewerb in diesen Bereichen vergrößert werden.⁴⁰

2. DIE REGIERUNG SOLL IM IT-BEREICH MIT GUTEM BEISPIEL VORANGEHEN

Der zweite Bereich, welcher in der Neuauflage von *Digital 21* genannt wird, formuliert die weiteren Ziele der E-Government-Strategie der Regierung. Die wesentlichen Punkte darin sind folgende:

Um die institutionellen Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung des E-Government zu verbessern, ist für das Jahr 2001 die Einrichtung eines E-Government Coordination Office (*dianzi zhengfu xietiao banshichu*) geplant.

Bis Ende 2003 sollen 90% der onlinefähigen Verwaltungsdienstleistungen eine „E-Option“ haben. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Strategiepapiers „Hongkong: Connecting the World“ konnten bereits 65% aller Dienste der Regierung auf elektronischem Wege abgewickelt werden. Außerdem sollen die Bürger ermuntert werden, die vorhandenen E-Optionen stärker zu nutzen. Auch das Electronic Service Delivery (ESD)-System soll weiter ausgebaut und um weitere Funktionen ergänzt werden.

Die Ausschreibung von Regierungsprojekten, die an die Privatwirtschaft vergeben werden, soll verstärkt auf elektronischem Wege erfolgen. Bis Ende 2003 ist geplant, für 80% dieser Ausschreibungen eine E-Option anzubieten.

IT-Projekte sollen von 2001 an zunehmend ausgelagert (*outsourced*) und an privatwirtschaftliche Firmen vergeben werden. Ziel soll es sein, zwei Drittel aller neuen IT-Projekte ebenso wie die Wartungsarbeiten an private Unternehmen auszulagern. Dadurch soll ein größerer Markt für IT-Lösungen entstehen, der die

Entwicklung einer lokalen IT-Industrie positiv beeinflusst.

Ein weiterer wichtiger Punkt zur Verbesserung des E-Government ist die Einführung von elektronischen Transaktionen zwischen den verschiedenen Verwaltungseinheiten. Als erste Projekte in diesem Bereich sollen die jährlichen Haushaltspläne online erstellt und Systeme für die elektronische Materialbestellung von Ämtern eingeführt werden.⁴¹

3. ENTWICKLUNG EINES ARBEITSKRÄFTEPOTENZIALS FÜR DIE INFORMATIONSINDUSTRIE

Der dritte Zielbereich betrifft Maßnahmen zur Verbesserung des Potenzials an gut ausgebildeten IT-Spezialisten. Zu diesem Zweck sollen von 2001 an verstärkt international renommierte IT-Ausbildungsorganisationen für Fortbildungskurse in Hongkong gewonnen werden. Als weitere Maßnahme zur Behebung des Mangels an IT-Spezialisten sollen Regelungen zur Aufnahme von IT-Fachkräften aus anderen Orten, vorzugsweise vom chinesischen Festland, getroffen werden.

Um junge Menschen verstärkt an die Informationstechnologie heranzuführen und sie für elektronische Informations- und Kommunikationstechniken zu interessieren, soll der bereits 1998 verabschiedete Fünfjahresplan zur IT-Ausbildung an den Schulen weiter umgesetzt werden. Auch Weiterbildungskurse im IT-Bereich für Erwachsene sollen gefördert werden.⁴²

4. STÄRKUNG DER GESELLSCHAFT FÜR DIE NUTZUNG DIGITALER TECHNOLOGIEN

Der vierte Bereich von Maßnahmen, der in der Strategie von 2001 formuliert wird, hat vor allem das Ziel, dem so genannten „Digital Divide“ (*shuma gemo*) entgegenzuwirken.

Um den Effekt der digitalen Spaltung zu beobachten und dokumentieren zu können, sollen jährlich Umfragen über die Nutzung von IT in der Bevölkerung durchgeführt werden.

An vielen öffentlichen Plätzen Hongkongs wie Ämtern, Bibliotheken, Postfilialen usw. sollen verstärkt öffentliche Computer eingerichtet werden, um allen Hongkongern die Möglichkeit zu bieten, die modernen elektronischen Informations- und Kommunikationstechnologien zu nutzen und ein Bewusstsein für die „Allgegenwärtigkeit“ und Wichtigkeit dieser Technologien in der Bevölkerung zu schaffen.

Außerdem sollen Computer- und IT-Kurse speziell für Bevölkerungsgruppen mit wenig Gelegenheit zur Nutzung und wenig ausgeprägtem Wissen über elektronische Informations- und Kommunikationstechnologien, wie beispielsweise Senioren, Hausfrauen oder Behinderte, angeboten werden.

Bis 2002 sollen alle Regierungswebsites⁴³ bestimmte

³⁹Vgl.: <http://www.justice.gov.hk/blis.nsf/e1bf50c09a33d3dc482564840019d2f4/e85196eb398eff9048256866002df31b?OpenDocument>, Aufruf am 2.12.2003.

⁴⁰<http://www.info.gov.hk/digital21/eng/download/download/2001digital21e.pdf>, Aufruf am 12.11.2003, S.29-35.

⁴¹Ebd., S.36-40.

⁴²Ebd., S.41-44.

⁴³Eine Website umfasst alle Inhalte eines Servers im WWW, während eine Webseite (engl. Webpage) nur eine einzelne Seite (einer Website) meint. Die Homepage bezeichnet Start- bzw. Einstiegsseite eines Internet-Angebotes.

Richtlinien erfüllen, die gewährleisten sollen, dass die Internetseiten der Regierung möglichst allen Bürgern, besonders auch Behinderten, zugänglich sind.⁴⁴

5. EINSATZ VON HONGKONGS STÄRKEN BEI DER NUTZUNG VON TECHNOLOGIEN

Das fünfte Maßnahmenpaket der IT-Strategie von 2001 befasst sich mit den Technologien, die in Zukunft verstärkt weiterentwickelt werden sollen. Dazu gehört die nächste Generation (3G) von Mobilfunkanwendungen, die aufgrund ihrer hohen Bandbreite neue Funktionen erlaubt. Von 2001 an sollen entsprechende Nutzungslizenzen an die Privatwirtschaft vergeben werden. Zudem sollen von der Hongkong Post bereits ab 2001 digitale Zertifikate für elektronische Transaktionen (beispielsweise über das ESD-System) ausgestellt werden. Damit sollen neue Impulse für die Nutzung von Diensten über den Mobilfunk gegeben werden.

Eine weitere Neuentwicklung sind digitale Personalausweise im Chipkartenformat, die verschiedene Funktionen miteinander vereinen sollen. Diese neuen Personalausweise in Form von „Smartcards“ sollen von 2003 an ausgestellt werden.

Darüber hinaus ist geplant, dass sich Hongkong an der Weiterentwicklung der Internet-Technologien beteiligt. Als wichtigstes Projekt in diesem Bereich ist die Beteiligung Hongkonger Forschungseinrichtungen an dem Internet2-Forschungsprojekt zu nennen, das durch ein Netzwerk amerikanischer Universitäten betrieben wird. Hongkonger Einrichtungen sollen im Zuge dessen auch an das Internet2 angebunden werden.⁴⁵

Im Zuge der neuen IT-Strategie von 2001 hat die Regierung wichtige organisatorische Veränderungen vorgenommen. Entsprechend dem Papier „Hongkong: Connecting the World“ wurde das E-Government Coordination Office (EGCO) neu eingerichtet, welches die Aufgabe hat, die Agenda für E-Government zu formulieren. Für die Koordination der E-Government-Pläne in den verschiedenen Ämtern wurden jeweils Beauftragte für E-Government eingesetzt.

Als weitere Neuerung wurde ein Steering Committee für E-Government unter der Leitung des Secretary for Information Technology and Broadcasting eingerichtet. Dieses hat die Aufgabe, die E-Government-Politik zu formulieren, die Umsetzung der E-Government-Strategie zu steuern, die Zielvorgaben für E-Government festzulegen und den Schulungsbedarf der Staatsbeamten zu ermitteln.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Hongkonger Regierung eine so genannte „Push“-Strategie für E-Government verfolgt. Diese ist dadurch gekennzeichnet, dass der Staat eine Gesamtkonzeption für E-Government entwickelt und die zur Verwirklichung notwendigen Maßnahmen zentral plant, koordiniert und steuert. Dadurch können die Maßnahmen schnell umgesetzt und die Ressourcen effektiv eingesetzt werden. Bei einer „Pull“-Strategie hätte der Staat dagegen eine eher abwartende

Haltung eingenommen und würde erst auf eine entsprechende Nachfrage hin reagieren und für diese dann Lösungen entwickeln.⁴⁶ Eine Push-Strategie lässt sich in föderal strukturierten Staaten praktisch nicht durchführen. Es sind eher kleinere Länder wie Finnland oder Stadtstaaten wie Singapur, die einen Push-Ansatz verfolgen. Föderal strukturierte Länder setzen dagegen normalerweise auf eine Pull- oder Facilitation-Strategie.⁴⁷

4.3 Entwurf einer Neufassung der Strategie *Digital 21* für das Jahr 2004

Da die Zielvorgaben der IT-Strategie von 2001 „Connecting the World“ bis Ende 2003 im Wesentlichen realisiert werden konnten, soll Anfang 2004 eine weitere Aktualisierung von *Digital 21* veröffentlicht werden. Der Entwurf dieses Strategiepapiers sieht folgende acht Hauptbereiche für die weitere Entwicklung Hongkongs im IT-Bereich vor.

1. DIE REGIERUNG ALS VORREITER

Die Regierung soll auch weiterhin eine Vorreiterrolle übernehmen und Hongkongs Stellung als eine der weltweit führenden digitalen Städte weiterentwickeln. Die Strategie des Outsourcing von IT-Projekten soll weiter vorangetrieben werden mit dem Ziel, den privaten IT-Sektor zu stärken sowie technische und unternehmerische Innovationen zu fördern.

2. EIN NACHHALTIGES E-GOVERNMENT-ANGEBOT

Die Regierung soll sich künftig darauf konzentrieren, die vorhandenen E-Government-Angebote für die Bürger noch attraktiver zu gestalten, um deren Nutzung durch die Bürger zu fördern. Außerdem soll die Verwaltung von Kunden (Bürger-)beziehungen (*customer relations management*) verbessert sowie die Erreichbarkeit und Transparenz der Regierung erhöht werden.

3. INFRASTRUKTUR UND ÖKONOMISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Regierung soll die Akzeptanz von E-Business fördern und die Unterstützung der beiden großen Projekte in diesem Bereich, Cyberport und Science Park, weiter fortführen. Sie soll politische und rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, die eine reibungslose Weiterentwicklung der Informationsindustrie ermöglichen.

4. INSTITUTIONELLE NEUORDNUNG

Das Information Technology Services Department soll in die Abteilung für Communications and Technology des Commerce, Industry and Technology Bureau eingegliedert werden. Es soll dann eine koordinierende Rolle bei der Entwicklung neuer Dienste und

⁴⁴Es werden drei verschiedene Grundtypen von E-Government-Strategien unterschieden: Push-, Pull- und Facilitation-Strategie. Letztere ist praktisch eine Mischung aus den beiden erstgenannten. Vgl.: Booz Allen Hamilton, *E-Government und der moderne Staat*, Frankfurt/Main 2002: F.A.Z. Institut, S.161-167.

⁴⁷In der Schweiz wird beispielsweise der Pull-Ansatz favorisiert. Vgl.: Urs Rudolf von Rohr, „eGovernment und die Auswirkungen auf die Verwaltung“, in: Michael Gisler/Dieter Spahni (Hrsg.), *eGovernment. Eine Standortbestimmung*, Bern 2001: Paul Haupt, S.121.

⁴⁴<http://www.info.gov.hk/digital21/eng/download/download/2010digital21e.pdf>, Aufruf am 12.11.2003, S.45-47.

⁴⁵Ebd., S.48-50.

Anwendungen, der Unterstützung der Informationsindustrie und der Förderung der Akzeptanz von IT wahrnehmen. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob die vorhandenen behördlichen Strukturen für die Informations- und Telekommunikationsindustrie den heutigen Anforderungen von Konvergenz und Deregulierung in Hongkong noch angemessen sind.

5. TECHNOLOGISCHE ENTWICKLUNG

Die Regierung soll auch weiterhin in Forschung und Entwicklung investieren, um die Entwicklung innovativer Dienste und Anwendungen in Bereichen wie Funktechnologien, digitale Unterhaltung und Open Source Software voranzutreiben.

6. EINE DYNAMISCHE IT-INDUSTRIE

Die Regierung soll die dynamische, wettbewerbsfähige und innovative IT-Industrie Hongkongs fördern. Durch Nutzung der Chancen, die der festlandchinesische Markt bietet, das Aufbauen von Marken und die Handelsförderung des Hongkonger Trade Development Council sowie verschiedene andere Maßnahmen soll die ortsansässige Industrie dabei unterstützt werden, die Servicequalität und Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

7. AUSBILDUNG IN DER WISSENSÖKONOMIE

Die Regierung soll in Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen und der Industrie Ausbildung und Qualifikation der Hongkonger im IT-Bereich weiter erhöhen. Dem Education and Manpower Bureau soll die Aufgabe zukommen, den momentanen Stand der Integration von IT in die Ausbildung zu erfassen und strategische Ziele für die Bildung im IT-Bereich zu formulieren.

8. DIGITALER SPALTUNG ENTGEGENWIRKEN

Die Regierung soll weiterhin Anstrengungen unternehmen, um durch verschiedenste Maßnahmen „Digital Divide“ in der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Die Bürger sind aufgerufen, bis zum 10. Dezember 2003 postalisch, per Fax oder E-Mail Vorschläge für die Aktualisierung der IT-Strategie einzubringen. Diese sollen dann gegebenenfalls bei der endgültigen Formulierung der 2004-Digital-21-Strategie berücksichtigt werden.⁴⁸

* Stefan Zimmermann, M.A., hat Sinologie und Soziologie in Tübingen, Berlin, Taipei und Nanjing studiert. Er ist derzeit als Übersetzer und Autor in Berlin tätig. E-Mail: stefan.zimmermann@web.de.

⁴⁸Vgl.: http://www.info.gov.hk/citb/ctb/english/paper/doc/2004_D21_Strategy_consultation_paper_Eng.pdf, Aufruf am 2.12.2003.